



COVID-19 – Newsletter 45

13.08.2020

Noch immer stehen im Zentrum der derzeitigen Bemühungen der Städte und Gemeinden die drei Handlungsfelder:

- *Aufrechterhaltung der notwendigen Infrastruktur*
- *Sicherstellung der internen Serviceleistungen*
- *Situationsadäquates Angebot an KundInnen-Service für die Bevölkerung*

Die weltweite Corona-Virus-Pandemie ist die größte Herausforderung seit vielen Jahrzehnten und bedarf zur ihrer Bewältigung die Bündelung aller Kräfte und einen entsprechenden Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Am 16. März 2020 wurden die gesetzlichen Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie rechtskräftig.

Ausgangsbeschränkungen wurden damals festgelegt und Betriebsstätten sowie Freizeit- und Sportbetriebe geschlossen. Städten und Gemeinden kam eine zentrale Rolle im Kampf gegen die Ausbreitung zu.

Die erste Phase der COVID-19-Virus-Erkrankung haben wir dank der Mithilfe und Unterstützung der Städte und Gemeinden, der kommunalen Unternehmen sowie der Disziplin der Bevölkerung gut überstanden. Nunmehr beginnt die zweite, ebenso bedeutsame und fordernde Phase des „Hochfahrens“ aller kommunalen Leistungen. Auch in den Mitgliedsstädten und -gemeinden des Österreichischen Städtebundes beginnt wieder der kommunale Alltag – wenn auch auf eine ganz neue Art und Weise.

Die wirtschaftlichen Folgen der notwendigen und erfolgreichen Maßnahmen der Bundesregierung zur Reduzierung der Fallzahlen wirken sich bereits jetzt auf die Gemeinden aus. Für die Ertragsanteile, insbesondere in den Sommermonaten 2020, ist mit weiteren Einbrüchen, aber auch mit den sonstigen Erträgen der Gemeinden, wie der Kommunalsteuer, zu rechnen. Unsere derzeitige Priorität gilt der Sicherung der Liquidität der Städte und Gemeinden. Aber auch die, mit der Pandemie untrennbar verbundenen, organisatorischen, rechtlichen und sozialen Fragen beschäftigen uns in den letzten Tagen vermehrt. Genauso wie in der ersten Phase, werden die Städte und Gemeinden auch weiter auf die Unterstützung des Österreichischen Städtebundes zählen können. Der folgende Newsletter soll – wie bereits bisher – ein Begleiter im kommunalen Alltag sein und über derzeitige Entwicklungen und Problemlagen informieren sowie Maßnahmen, die bereits von einzelnen Städten und Gemeinden sowie kommunalen Institutionen und Unternehmen gesetzt wurden, sammeln und aufzeigen.

Wie bereits kommuniziert, wird der COVID-19-Newsletter des Österreichischen Städtebundes nunmehr in größeren zeitlichen Abständen bzw. anlassbezogen erscheinen. Für tagesaktuelle Informationen möchten wir Sie auf die COVID-19-Austauschplattform des Österreichischen Städtebundes verweisen

(https://intrakommuna.at/net_home/Pages/Startseite)

Abschließend möchten wir besonders Euch, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, für Euren Einsatz zum Wohle der Bevölkerung in ganz Österreich in dieser schwierigen Zeit herzlichst danken.

Jede Stadt und jede Gemeinde ist ein Teil der Lösung – gehen wir es wieder an.

Alle bisherigen Ausgaben des „COVID-19 Newsletters“ können unter folgendem Link nachgelesen werden:

https://www.staedtebund.gv.at/services/aktuelles/?no_cache=1

Redaktion: Dr. Johannes Schmid & Kevin Muik, LL.M.



Grafik: Stadt Wien

Inhaltsverzeichnis

Aktuelle Ereignisse und Problemlagen.....	3
1. Aktuell im RIS	3
2. Corona-Hilfen - 6,4 Mrd. Steuern gestundet, 1,4 Mrd. kommen zurück	4
3. Empfehlungen und Leitlinien für Ampel in Arbeit	4
4. Regierung versichert keine großflächigen Schulschließungen im Herbst	5
5. Boom bei Neugründungen von Genossenschaften	6
6. OeNB: Österreichs Konjunktur erholt sich rascher als erwartet	6
7. WIFO sieht Konjunkturerholung, Arbeitsmarkt weiterhin prekär	6
8. Kommentar zum COVID-19 Verfahrensrecht	7
9. Rotes Kreuz präsentiert Mustervorlage für COVID-19-Präventionskonzepte.....	7
10. Volkshilfe Österreich präsentiert Umfrage zur Situation pflegender Angehöriger in der Corona-Krise	7
11. BMSGPK präsentiert Endbericht zu COVID-19 in Alten- und Pflegeheimen.....	8
12. Änderungen im Epidemiegesetz, Tuberkulosegesetz und COVID-19-Maßnahmegesetz in Begutachtung	8
13. Umfrage: CEOs erwarten dauerhafte Veränderung durch COVID-19	9
Aus den Bundesländern	11
1. Tirol entwickelt Frühwarnsystem mit Abwasserproben	11
2. Feiern mit Auflagen	11
3. Steiermark zahlt 500 Euro-Prämie für Menschen im Corona-Einsatz.....	12
Maßnahmen und Problemlagen in den Städten und Gemeinden	13
1. OÖ Städte kritisieren Hilfspaket des Landes	13
2. Villach führte Maskenpflicht in der Innenstadt ein	13
Europa und International	14
1. Pandemie führt in England zu Entlassungen bei Eltern und Menschen mit Behinderung	14
2. Wasserversorgung in niedersächsischer Gemeinde zusammengebrochen.....	14
3. Hitzewelle in Paris – Stadt reaktiviert System aus der Corona-Krise	14
4. Neue Hygienevorschriften für Frankreichs Schulen	15
5. Deutschland: Vertrauen in Gemeindeverwaltungen gestiegen.....	15



Aktuelle Ereignisse und Problemlagen

1. Aktuell im RIS

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **6. August 2020** herausgegeben:

[BGBl. I Nr. 97/2020](#)
21. COVID-19-Gesetz

[BGBl. I Nr. 98/2020](#)
Budgetbegleitgesetz 2020

[BGBl. I Nr. 99/2020](#)
2. Finanz-Organisationsreformgesetz – 2. FORG

[BGBl. III Nr. 111/2020](#)
Übereinkommen zur Errichtung der Internationalen EU-LAK-Stiftung

[BGBl. III Nr. 112/2020](#)

Erklärung der Republik Österreich über die Annahme der Beitritte von Belarus, der Dominikanischen Republik, Ecuadors, von Honduras, der Ukraine und Usbekistans zum Übereinkommen über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung

[BGBl. III Nr. 113/2020](#)

Protokoll zur Änderung des Zusatzprotokolls zum Übereinkommen über die Überstellung verurteilter Personen

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **7. und 9. August 2020** herausgegeben:

[BGBl. II Nr. 357/2020](#)
Änderung der NPO-Fonds-Richtlinienverordnung (1. NPO-FondsRLV-Novelle)

[BGBl. II Nr. 358/2020](#)
Änderung der Verordnung über die Einreise nach Österreich in Zusammenhang mit der Eindämmung von SARS-CoV-2

[BGBl. III Nr. 114/2020](#)
Geltungsbereich des Waffenhandelsvertrags

[BGBl. III Nr. 115/2020](#)
Geltungsbereich des Übereinkommens zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Beglaubigung

[BGBl. III Nr. 116/2020](#)

Geltungsbereich des Rotterdamer Übereinkommens über das Verfahren der vorherigen Zustimmung nach Inkennzeichnung für bestimmte gefährliche Chemikalien sowie Pestizide im internationalen Handel

[BGBl. III Nr. 117/2020](#)

Geltungsbereich der Satzung der Weltgesundheitsorganisation

[BGBl. III Nr. 118/2020](#)

Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und dem Ministerrat von Bosnien und Herzegowina über den Austausch und gegenseitigen Schutz klassifizierter Informationen

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **11. August 2020** herausgegeben:

[BGBl. III Nr. 119/2020](#)
Änderung des Abkommens über die Internationale Finanz-Corporation

[BGBl. III Nr. 120/2020](#)
Änderung des Abkommens über die Internationale Finanz-Corporation, angenommen am 16. April 2020

[BGBl. III Nr. 121/2020](#)
Geltungsbereich des Übereinkommens (Nr. 182) über das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit

[BGBl. III Nr. 122/2020](#)

Geltungsbereich des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt

[BGBl. III Nr. 123/2020](#)

Rahmenabkommen zwischen dem Bundesminister für Finanzen der Republik Österreich und dem Finanzministerium der Volksrepublik China über die finanzielle Kooperation



2. Corona-Hilfen - 6,4 Mrd. Steuern gestundet, 1,4 Mrd. kommen zurück

Finanzminister Gernot Blümel hat am Montag nochmals die verschiedenen Corona-Hilfen für Unternehmen erläutert und dabei gleich eine Erweiterung des Fixkostenzuschusses angekündigt. Unternehmen wurden bisher rund 6,4 Mrd. Euro an Steuern gestundet. 5 Mrd. Euro davon bleiben den Firmen dank des sogenannten Verlustrücktrags tatsächlich als Liquidität, sagte Blümel vor Journalisten.

Für Betriebe aus besonders betroffenen Branchen kündigte der Politiker einen 100-prozentigen Fixkostenzuschuss an - etwa für Nachtgastronomie, Veranstalter oder Reisebüros. Bisher gab es bis zu 75 Prozent. Die zweite Phase des Fixkostenzuschuss startet im September. Die EU-Kommission muss noch ihr Okay geben. Seit Anfang Juni zahlt der Staat bereits einen Zuschuss für Fixkosten bis zu 90 Millionen Euro pro Unternehmen, der nicht zurückbezahlt werden muss. Bisher stammt die überwiegende Mehrheit der Anträge von kleinen Unternehmen, mit durchschnittlichen Fixkosten in Höhe von rund 10.000 Euro.

"Auch wenn die Stimmung in der Wirtschaft langsam besser wird, wird es weiterhin Branchen geben, für die die Aussicht über den Herbst hinaus trüb bleibt", sagte Blümel. Die gänzliche Fixkostenerstattung soll den betroffenen Unternehmen nun langfristig helfen.

Eine weitere Entlastungsmaßnahme ist der Verlustrücktrag. Mit der heute in Begutachtung gehenden Verordnung können betriebliche Verluste aus dem Coronajahr in Höhe von bis zu 5 Millionen Euro in das Jahr 2019, in bestimmten Fällen sogar in 2018 (bis zu 2 Mio. Euro), rückgetragen werden. Dadurch wird die Steuerlast für die guten Vorjahresergebnisse sofort gesenkt und den Unternehmen Liquidität zu Verfügung gestellt. Anträge sind auf FinanzOnline möglich.

"Normalerweise würde der Verlustrücktrag erst in der Veranlagung des Jahres 2020, also etwa Mitte 2021, berücksichtigt werden", sagte Blümel. "Das ist für viele Unternehmen zu spät. Um jetzt zu helfen, werden Betriebe ihre Steuerlast für Gewinne aus 2019 sofort reduzieren können." Der Verlustrücktrag und diese Sonderregelung bringen eine schnelle Liquiditätsspritze für österreichische Unternehmen in der Größenordnung von etwa 5 Mrd. Euro, betonte Blümel. "Für die Unternehmen heißt das, dass zum Beispiel heuer gestundete Steuern nicht vollständig bezahlt werden müssen." Bisher gestundet wurden Steuern in der Höhe von 6,4 Mrd. Euro.

Auf die Frage, ob die Corona-Hilfen, die von der staatlichen Agentur COFAG vergeben werden, auch parlamentarisch kontrolliert werden, wie es die Opposition fordert, blieb Blümel ausweichend. Dem, was das Parlament beschließt, werde nachgekommen, so der führende ÖVP-Politiker. Freilich hat die Volkspartei mit den Grünen die entscheidende Mehrheit, um eine parlamentarische Kontrolle in Form eines Unterausschusses des Budgetausschusses zu ermöglichen.

Blümel verteidigte lieber das aktuelle Konstrukt. Alle Parteien und Sozialpartner seien unter Wahrung des Bankgeheimnis in den COFAG-Beirat eingebunden. Diese "breite Einbindung" müsse in Anspruch genommen werden. Der Beirat hat kein Vetorecht.

Für Unternehmen, die in der Krise investieren, hält die Regierung eine Prämie parat. Die Details für diese sogenannte Investitionsprämie stehen nun fest. Eine Beantragung sei damit ab 1. September über die staatliche Förderbank awa möglich, teilte das Wirtschaftsministerium mit. Die Prämie von 7 Prozent - oder 14 Prozent, wenn die Investition im Zusammenhang mit Digitalisierung, Ökologisierung, Gesundheit und Life Science steht - soll helfen, dass Unternehmen ihre Investitionen trotz der Coronakrise nicht aufschieben. Während die Pharmaindustrie große Hoffnungen in die Prämie setzt, kritisiert die Autoindustrie die Maßnahmen als "völlig wirkungslos", weil klimaschädliche Investitionen von der Prämie ausgeschlossen sind.

3. Empfehlungen und Leitlinien für Ampel in Arbeit

Im Gesundheitsministerium ist am Freitag erstmals die neue Corona-Kommission zusammengetreten. Die 19 ExpertInnen sollen bis Anfang September Empfehlungen und Leitlinien für die geplante Corona-Ampel ausarbeiten.

"Wir wollen mit aller Kraft eine zweite Welle vermeiden", sagte Gesundheitsminister Rudolf Anschober. Die Kommission sei "der Ort, an dem die Wellenbrecher entworfen werden". Für den Minister ist die Kommission ein "wichtiges zentrales Steuerungszentrum". Die erste reguläre Sitzung findet in der kommenden Woche statt, sagte Anschober bei der Pressekonferenz im Anschluss an die Gründungssitzung. Vorerst läuft jedoch ein interner Probetrieb. "



Die erste Ampelschaltung sehen Sie dann Anfang September, vor Schulbeginn", so der Minister. "Wir stellen uns das so vor, dass Freitag der Ampeltag ist." Sollten durch Farbänderungen auf der vierstufigen Ampel neue Maßnahmen notwendig sein, würden diese dann in Pressekonferenzen verkündet.

Ansober zufolge wurde die Corona-Kommission als sogenannte "Paragraf-8-Kommission" nach dem Bundesministerengesetz eingerichtet. Sie besteht aus 19 stimmberechtigten Mitgliedern, davon fünf VertreterInnen aus Ministerien, fünf Fachexperten aus Public Health/Epidemiologie, Virologie, dem medizinisch-klinischen Bereich und von der Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit (AGES) und der Gesundheit Österreich GmbH (GÖG), sowie je einer aus den neun Bundesländern, die von den jeweiligen Landeshauptleuten bestellt worden sind. Leiter der Kommission sind Ulrich Herzog und Clemens Auer vom Gesundheitsministerium, die Sprecherin der Kommission ist Daniela Schmid von der AGES.

Die Kommission soll mindestens einmal pro Woche zusammentreten - "in der Anfangsphase sicher öfter", so Ansober - und jene Leitlinien erstellen, welche Maßnahmen bei welcher Ampelschaltung gelten sollen. Neben der Einrichtung der Kommission und der Ampel gelte es möglichst flächendeckend das Risikobewusstsein wieder herzustellen, "wie es im Frühjahr war". Und es gehe darum, viele Tests und möglichst gutes Kontaktpersonenmanagement umzusetzen. Der Minister kündigte mehr Personal im Gesundheitsbereich an. Im Schnitt werden demnach pro Bundesland 30 bis 40 Personen zusätzlich aktiv sein, um das Kontaktpersonenmanagement "schnell und professionell durchzuführen". Mit dem Herbst beginnt laut Ansober die Phase vier im Kampf gegen die Pandemie, in der es mit hoher Wahrscheinlichkeit mehr Fälle geben werde und das Risiko einer Infektion größer sei, weil "wir uns mehr Indoor aufhalten". Er gehe davon aus, dass sich die vierte Phase "ziehen wird, bis zum Vorliegen einer Impfmöglichkeit", die breit ausgelegt werden müsse. In den Bildungseinrichtungen sei das Ziel der "normale Betrieb ab September". Normalbetrieb heiße auch "keine Masken". Bei einer Verschärfung der Situation in gelb, orange oder rot, könne es aber auch Einschränkungen im Bildungsbereich geben. Das Gleiche gelte für Veranstaltungen in Kultur und Sport. Den Empfehlungen der Kommission sollen ganz harte epidemiologische Kennzahlen zugrunde liegen, erläuterte Schmid. Diese seien in den vergangenen Wochen von AGES und GÖG definiert worden. Erster Indikator ist die Übertragbarkeit, darunter fallen die jeweils aktuelle Sieben-Tages-Fallzahl und Clusteraktivitäten. Zweitens wird die Quellensuche - mit dem Anteil der Fälle mit geklärter Quelle und deren Herkunft (Cluster, Screening oder Ausland) - herausgegriffen. Ein weiterer Indikator sind die Ressourcen im Gesundheitsbereich, also die Spitalsauslastung, und viertens geht es um die Tests, mit der Gesamtzahl der Testungen sowie dem Anteil positiver Tests und asymptomatischer Fälle. Ein großer Teil der Indikatoren sei "den Clustern gewidmet", betonte Schmid.

4. Regierung versichert keine großflächigen Schulschließungen im Herbst

Die Regierung hat am Dienstag in einer Pressekonferenz versichert, dass es im Herbst bei Coronafällen an Schulen zu keinen großflächigen Schließungen kommen wird. Viele Frauen hätten diese Sorge. "Wir können ihnen sagen, dass wir das Aussetzen des Unterrichts so punktuell, so regional und kurz wie möglich halten werden", sagte Frauenministerin Susanne Raab. Raab betonte gemeinsam mit Arbeitsministerin Christine Aschbacher, dass man mögliche frauenpolitische Effekte der Coronakrise abfedern werde. So dürfe es am Arbeitsmarkt zu keinen Rückschritten kommen. Durch Home Office, Homeschooling und Haushaltsführung sei es insbesondere für Frauen zu einer Mehrfachbelastung gekommen.

Bildungsminister Heinz Faßmann will "weitestgehende Normalität". Das bedeutet Schule ohne Maske, ohne Schichtbetrieb, mit Turnen und Singen – vorausgesetzt, die Infektionszahlen lassen das zu. Welche Maßnahmen bei steigenden Zahlen, aber auch bei Verdachts- oder bestätigten Fällen an Schulen greifen sollen, ist aber noch offen. Am Montag will Faßmann einen Stufenplan präsentieren. Noch wird an Details getüftelt. Schwierig gestaltet sich die Abstimmung mit dem Gesundheitsministerium. Weil die von Rudi Ansober (Grüne) angekündigte Corona-Ampel für Österreichs Bezirke noch nicht fertig ist (Start im September), setzt das Bildungsministerium vorerst auf ein eigenes Modell.

Mehr dazu: https://www.nachrichten.at/politik/innenpolitik/fassmann-will-schulstart-ohne-masken-stufenplan-bei-steigenden-infektionen:art385.3283521?utm_source=%C3%96sterreichischer+Gemeindebund&utm_campaign=22e494fb20-EMAIL_CAMPAIGN_2020_08_13_05_42&utm_medium=email&utm_term=0_29a79eaa89-22e494fb20-218621313



5. Boom bei Neugründungen von Genossenschaften

Viele Branchen sind von der Corona-Krise besonders betroffen, etwa die Gastronomie. Hier schließen sich viele regionale Lieferanten geradezu Genossenschaften zusammen, um sich gegenseitig zu unterstützen. Der Genossenschaftsverband spricht von einem kleinen Boom bei Neugründungen.

Mehr dazu im Ö1 Morgenjournal vom Mo, 10.08.: <https://oe1.orf.at/player/20200810/608123/1597036684510>

6. OeNB: Österreichs Konjunktur erholt sich rascher als erwartet

Österreichs Konjunktur erholt sich nach Einschätzung der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) rascher als erwartet. Sollte es zu keiner starken zweiten Covid-19-Infektionswelle kommen, könnte die heimische Wirtschaft daher 2020 mit minus 6 Prozent weniger stark einbrechen als noch bei der OeNB-Prognose Anfang Juni angenommen, erklärte die Notenbank. Die Analyse der Echtzeitdaten der vergangenen beiden Wochen (von 20. Juli bis 2. August) zeige eine weitere konjunkturelle Erholung an. So sei die Lkw-Fahrleistung vorige Woche nur noch 1 1/2 Prozent unter dem Vorjahreswert gelegen und die für die Exporttätigkeit relevante Fahrleistung in Grenzabschnitt um 4 1/2 Prozent. Der Stromverbrauch, ein verlässlicher Indikator für die Industrieproduktion, sei im Juli 5 Prozent unter Vorjahr gewesen, nach einem noch doppelt so großen Minus in den Monaten April bis Juni.

Auch in den jüngsten Daten des Einkaufsmanagerindex spiegle sich die Belegung der Industrieproduktion wieder - der Bank-Austria-EMI für Juli kehrte vorige Woche mit 52,8 Punkten erstmals in der Coronakrise wieder in den Wachstumsbereich zurück und erreichte den höchsten Wert seit eineinhalb Jahren.

Zahlungsverkehrsdaten würden eine weitere leichte Verbesserung des Privatkonsums und im heimischen Tourismus signalisieren, so die OeNB weiter. Insgesamt sei die BIP-Lücke in den beiden vergangenen Wochen auf 4,0 bzw. 3,8 Prozent im Jahresabstand gesunken.

Mehr dazu: <https://kurier.at/wirtschaft/oesterreichs-konjunktur-erholt-sich-rascher-als-erwartet/400994087>

7. WIFO sieht Konjunkturerholung, Arbeitsmarkt weiterhin prekär

Nach Ansicht des Wirtschaftsforschungsinstituts (WIFO) zeichnet sich in der Coronavirus-Krise bereits eine Erholung der Wirtschaft ab – die Konjunkturrisiken seien aufgrund steigender Infektionszahlen aber hoch, betonte das Institut heute. Verbessert hätten sich vor allem die Erwartungsindikatoren, verwies das WIFO auf die jüngste Unternehmensbefragung.

Die aktuelle Lage würden die Unternehmen weiterhin ungünstig einschätzen, die Erwartungen der Unternehmen seien aber aufwärts gerichtet, so WIFO-Experte Christian Glocker. Die Umfragedaten deuten seinen Angaben zufolge auf eine Verbesserung in der verarbeitenden Industrie und im Dienstleistungssektor seit Mai hin. Der Rückgang der Wirtschaftsleistung aufgrund der Pandemie habe den Tiefpunkt im April erreicht, darauf würden die für die heimische Volkswirtschaft relevanten Vorlaufindikatoren hindeuten.

Im ersten Vierteljahr, bis März, war die heimische Wirtschaftsleistung um 2,4 Prozent gegenüber der Vorperiode gesunken und im zweiten Quartal um 10,7 Prozent eingebrochen (saisonbereinigt laut Eurostat-Vorgabe), so Glocker. Der Einbruch der Wirtschaft sei wegen der Angebotsbeschränkungen in Zusammenhang mit der Pandemie sowie dem Ausfall der Nachfrage aus dem In- und Ausland erfolgt.

Während der Rückgang des Privatkonsums durch die Einschränkungen im Handel und in vielen Dienstleistungsbereichen das Bruttoinlandsprodukt (BIP) maßgeblich gedämpft habe, sei auch die Investitions- und Exporttätigkeit eingeschränkt worden. Auf der Entstehungsseite des BIP hätten vor allem Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz, Verkehr, Beherbergung und Gastronomie den Rückgang der Wirtschaftsleistung geprägt, auf sie sei im zweiten Quartal fast die Hälfte des BIP-Rückgangs entfallen.



Arbeitsmarkt „prekär“

Österreichs Arbeitsmarkt sei durch die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie „erheblich“ getroffen worden – trotz leichter Entspannung im Juli sei die Situation „insgesamt weiterhin prekär“.

Die Zahl der unselbstständig aktiv Beschäftigten war im Juli nach vorläufigen Schätzungen um 88.000 niedriger als im Vorjahr (minus 2,3 Prozent), die Zahl der beim Arbeitsmarktservice (AMS) registrierten Arbeitslosen um 112.200 höher (plus 41,3 Prozent), einschließlich Personen in Schulungen um 107.300 (plus 33,0 Prozent).

Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote dürfte damit nach nationaler Definition im Juli bei 10,7 Prozent gelegen sein.

8. Kommentar zum COVID-19 Verfahrensrecht

Im Zuge des Lockdowns wurde das **Verwaltungsrechtliche COVID-19 Begleitgesetz** (COVID-19-VwBG) vom Nationalrat beschlossen und im weiteren Verlauf einige Male ergänzt und novelliert.

Vor allem die Bestimmungen betreffend Fristen, Fristenlauf und Fristenunterbrechungen, die Bestimmungen betreffend mündliche Verhandlungen, mündlicher Verkehr, Augenscheine, Beweisaufnahmen, Vernehmungen und die Bestimmungen betreffend Verfahren waren hiervon stark betroffen.

In dieser Beilage hat das AutorInnen-Team der ZfV (*Fister/Janko/Mayrhofer/Denk*) versucht, diese Novellierungen historisch nach zu erfassen und diese zu kommentieren. Für den interessierten Rechtsanwender sicherlich eine historisch wertvolle Lektüre.

Mehr dazu in **Beilage1**

9. Rotes Kreuz präsentiert Mustervorlage für COVID-19-Präventionskonzepte

Die geltende COVID-19-Lockerungsverordnung enthält Regelungen zu Veranstaltungen (§ 10) sowie Fach- und Publikumsmessen (§ 10a). Ab einer gewissen (nach In- und Outdoor sowie zeitlich variierenden) Anzahl an TeilnehmerInnen ist gemäß dieser Verordnung vom Veranstalter ein COVID-19-Präventionskonzept bei der zuständigen Bezirksverwaltungsbehörde vorzulegen. Zur Information und als Hilfestellung wurde vom Roten Kreuz beiliegender Musterleitfaden für ein COVID-19-Präventionskonzept ausgearbeitet. In eigens gekennzeichneten Passagen finden sich in der Mustervorlage zudem Kommentare und Erläuterungen zu den einzelnen Abschnitten.

Die Mustervorlage für COVID-19-Präventionskonzepte finden Sie in **Beilage2**

10. Volkshilfe Österreich präsentiert Umfrage zur Situation pflegender Angehöriger in der Corona-Krise

Die Umfrage zeigt, dass sich die Corona-Krise bei 72 Prozent der Befragten auf die Pflegesituation spürbar ausgewirkt hatte. Das betrifft insbesondere die durch den Lockdown weggebrochenen Unterstützungs- und Entlastungsangebote, etwa Therapien/Trainings (32 Prozent), Besuche im Tageszentrum (15 Prozent) oder der Verzicht auf die Unterstützung durch mobile Dienste. So hat etwa jede/r fünfte Angehörige keine Heimhilfestunden mehr in Anspruch genommen, aus Angst vor einer Ansteckung mit Sars-Cov-2. Besonders eklatant ist aber, dass 44 Prozent der Angehörigen angeben, Unterstützung durch das familiäre Umfeld nicht mehr in Anspruch genommen zu haben und 20 Prozent durch das weitere soziale Umfeld, wie etwa die NachbarInnen. Daraus resultiert auch, dass 78 Prozent der pflegenden Angehörigen durch die Corona-Maßnahmen zeitlich noch stärker in Anspruch genommen wurden. In 16 Prozent der Fälle mussten die befragten Angehörigen ihre Erwerbssituation auf Grund der Betreuungssituation verändern.

Zweidrittel der Befragten gaben daher an, sich während der Corona-Krise oft (31 Prozent) oder zumindest hin und wieder (35 Prozent) überfordert gefühlt zu haben. Mehr als die Hälfte fühlte sich oft (22 Prozent) oder hin und wieder (33 Prozent) hilflos und knapp 60 Prozent allein gelassen. 50 Prozent der Angehörigen von Menschen mit Demenz empfanden die Betreuung in der Corona-Krise körperlich anstrengender.



Auswirkungen auf Menschen mit Demenz

„Gerade Menschen mit Demenz sind auf eine strukturierte Tagesroutine und kontinuierliches Training angewiesen, um den Verlauf der Krankheit positiv zu beeinflussen. Stress, Unsicherheit und gravierende Veränderungen hingegen können sich negativ auswirken und die Krankheit unter anderem beschleunigen“, stellt Präsident Ewald Sacher fest. Verhaltensänderungen an der demenzerkrankten Person nahmen 40 Prozent der Befragten wahr, die sie auf die spezielle Corona-Situation zurückführten. In 40 Prozent der Pflegebeziehungen kam es vermehrt zu emotional belastenden Situationen und Konflikten.

Zur Umfrage

Gefragt wurden 100 pflegende Angehörige von armutsbetroffenen Menschen mit Demenz im Zeitraum von Mitte Mai bis Anfang August. Die Befragten sind zu 70 Prozent weiblich, kümmern sich mehrheitlich um ihre erkrankten Eltern, insbesondere um die Mutter (48 Prozent). Die größte Gruppe der Betroffenen ist rund um die Uhr für ihre Angehörigen verantwortlich (37 Prozent). Die Kontaktdaten liegen der Volkshilfe durch den Fonds Demenzhilfe Österreich vor – alle Befragten bekamen in den Jahren 2019 und 2020 finanzielle Unterstützung von der Demenzhilfe Österreich, einem von der Volkshilfe 2012 initiierten Projekt.

11. BMSGPK präsentiert Endbericht zu COVID-19 in Alten- und Pflegeheimen

Im Auftrag des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz hat die Gesundheit Österreich GmbH die im Anhang befindliche Studie „COVID-19 in Alten- und Pflegeheimen“ erstellt.

Die Studie enthält eine Analyse der vorhandenen epidemiologischen Daten zu COVID-19-Infektionen und –Todesfällen in den Einrichtungen der stationären Langzeitpflege und liefert dadurch wichtige Erkenntnisse in diesem Bereich. So wird, aufgezeigt, dass die Empfehlungen des Ministeriums zum Schutz von älteren Menschen als Risikogruppe in Institutionen gut umgesetzt wurden. Dennoch gibt es Handlungsbedarf.

Den Endbericht „COVID-19 in Alten- und Pflegeheimen, 2020“ finden Sie in **Beilage3**

12. Änderungen im Epidemiegesetz, Tuberkulosegesetz und COVID-19-Maßnahmengesetz in Begutachtung

Das Sozialministerium hat die nach den VfGH-Entscheidungen angekündigte Änderung des Covid-19-Maßnahmengesetzes in Begutachtung geschickt. Konkret betrifft dies das Epidemiegesetz, das Tuberkulosegesetz und COVID-19-Maßnahmengesetz. Die Regelungen für Betretungsverbote werden geändert. Außerdem werden die Strafen reduziert und differenziert sowie rechtliche Grundlagen für das Kontakt-Tracing und das Ampelsystem geschaffen. Das Ablaufdatum bleibt aber unverändert der 31. Dezember.

Demnach soll eine Rechtsgrundlage für internationales Contact-Tracing im Rahmen des bereits bestehenden EU-weiten EDV Kommunikationssystem der Behörden (EWRS Early Warning and Response System), also Kontaktpersonennachverfolgung bei schwerwiegenden grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren, geschaffen werden: Natürliche und juristische Personen (z.B. Personenbeförderungsunternehmen), die sachdienliche Informationen besitzen, sollen diese auch dem BMSGPK zur Verfügung stellen. Bislang sind diese Informationen lediglich der – für den Anlassfall – örtlich zuständigen Bezirksverwaltungsbehörde zu erteilen.

Zudem beinhaltet der Entwurf eine Rechtsgrundlage, die Betriebe, Veranstalter und Vereine verpflichtet, Kontaktdaten, in deren Verarbeitung Gäste, Besucherinnen und Besucher, Kundinnen und Kunden, und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausdrücklich zugestimmt haben, für die Dauer von 28 Tagen aufzubewahren, um diese im Anlassfall bei einer Umgebungsuntersuchung der Gesundheitsbehörde bei Bedarf zur Verfügung zu stellen.

Darüber hinaus wird eine „Kaskadenregelung“ (Abstufung) im Hinblick auf die Behördenzuständigkeiten im Epidemiegesetz und im COVID-19-Maßnahmengesetz geschaffen.



Damit wird es besser ermöglicht, je nach epidemiologischer Situation, regional auch differenziertere Maßnahmen zu setzen. Dies ist Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung der Corona-Ampel. Darüber hinaus werden im COVID-19-Maßnamengesetz die Strafbestimmungen angepasst. Insbesondere soll der zu Beginn der Krise aus generalpräventiven Gründen gerechtfertigte hohe Strafraumen teilweise herabgesetzt werden.

Als Antwort auf das Erkenntnis des VfGH vom 14. Juli 2020 war es erforderlich, eine Bestimmung in den Entwurf mit aufzunehmen, die eine gesetzliche Grundlage für die, aus epidemiologischer Sicht notwendige Regelung, des Betretens öffentlicher Orte schlechthin schafft. Zudem werden dadurch auch weitere Voraussetzungen und Auflagen für das Betreten öffentlicher Orte ermöglicht. Damit wird künftig eine Regelung des Mindestabstandes für die öffentlichen Orte wieder zulässig. Die bisherige Regelung erlaubt es nur, die Betretung „bestimmter“ Orte zu regeln.

Die Begutachtungsfrist ist mit zwei Wochen sehr kurz bemessen. Die Zeit drängt freilich, soll laut Gesundheitsminister Rudolf Anschober das Ampelsystem - mit je nach Corona-Belastung regional unterschiedlichen Maßnahmen - doch bereits Mitte August in den Probetrieb und im September in Regelbetrieb gehen.

Anregungen betreffend eine Stellungnahme des Österreichischen Städtebundes können bis zum 26. August 2020 an begutachtung@staedtebund.gv.at übermittelt werden.

Entwurf samt Erläuterungen, WFA und Textgegenüberstellung finden Sie unter folgendem Link:
https://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=Begut&Dokumentnummer=BEGUT_COO_2026_100_2_1781010

13. Umfrage: CEOs erwarten dauerhafte Veränderung durch COVID-19

Die Notwendigkeit für UnternehmensleiterInnen und politische EntscheidungsträgerInnen, die Art und Weise, wie sie in Zukunft planen, investieren und arbeiten, grundlegend zu überdenken, wird in einer neuen, von PwC veröffentlichten Umfrage unter 699 globalen CEOs weiter unterstrichen.

Die Umfrage zeigt, dass die Mehrheit der CEOs glaubt, dass die durch die COVID-19-Pandemie herbeigeführte Verlagerung hin zu räumlich entfernter Zusammenarbeit (78%), Automatisierung (76%) und weniger MitarbeiterInnen, die vom Standort Büro aus arbeiten (61%), von Dauer sein wird. Insgesamt sind 61% der Befragten der Ansicht, dass ihr Geschäftsmodell in Zukunft stärker digitalisiert sein wird - ein Wandel, der durch die Pandemie beschleunigt wird. Aus den Antworten geht hervor, dass die Themen digitale Infrastruktur, flexibles Arbeiten und das Wohlergehen der MitarbeiterInnen ganz oben auf der Agenda der CEOs stehen werden, wenn sie die Geschäftsabläufe neu gestalten, um das Wachstum in den nächsten 12 Monaten und darüber hinaus zu sichern. 58 Prozent der UnternehmensleiterInnen sagen, dass die Gewährleistung der Sicherheit der Lieferkette ein Schwerpunkt bleiben und Technologieinvestitionen vorantreiben wird, um die Nachverfolgung von Produkten von der Fertigung bis zur Auslieferung zu ermöglichen und um sicherzustellen, dass sowohl Lieferanten als auch PartnerInnen krisenfest sind.

"Die Führungskräfte in der Wirtschaft müssen zum einen ihr Unternehmen jetzt und hier am Laufen halten und zum anderen gleichzeitig ihre Strategie für morgen grundlegend überdenken, damit sie ihr Unternehmen im Anschluss an die Pandemie so umgestalten können, dass es in einer ganz anders aufgestellten Welt erfolgreich Bestand hat. Dabei müssen sie nicht nur die COVID-19-bedingte Beschleunigung des gesellschaftlichen Wandels und die steigenden Erwartungen ihrer weitgefassten Stakeholder im Auge behalten, sondern auch die anderen Themen, die die Zukunft der Wirtschaft grundlegend umgestalten werden - vom Klimawandel bis zum Populismus", erklärt Bob Moritz, Global Chairman von PricewaterhouseCoopers International Limited.

Als Gegenansage an die jahrzehntelang zunehmende Globalisierung glauben fast zwei von fünf (39%) CEOs, dass es eine dauerhafte Verlagerung hin zu Onshoring und Insourcing geben wird, und ein ähnlicher hoher Prozentsatz der Befragten erwartet ein anhaltendes Erstarken des Nationalismus.



Die UnternehmensleiterInnen glauben auch, dass die Pandemie es wichtiger gemacht hat, verstärkt auf die Bedürfnisse der MitarbeiterInnen einzugehen. Die unterstützenden Maßnahmen für MitarbeiterInnen greifen in den Bereichen Gesundheit und Sicherheit (92%), Wohlergehen (61%) und finanzielle Unterstützung (24%). 42% der Unternehmen engagierten sich in gemeinschaftlichen Organisationen, und fast ein Drittel (32%) der UnternehmensleiterInnen haben ihr eigenes Gehalt gekürzt. CEOs, die die MitarbeiterInnenbindung (36%) maximiert und sich für den Schutz der Gesundheit und Sicherheit ihrer MitarbeiterInnen eingesetzt haben (92%), glauben, dass sich dies langfristig positiv auf den Ruf ihres Unternehmens auswirken wird.

Informationen zu dieser Umfrage:

Die CEO Panel-Umfrage von PwC, die im Juni und Juli 2020 als Erweiterung von PwCs Global CEO Survey durchgeführt wurde, spiegelt die Ansichten von 699 CEOs über sich neu abzeichnende Geschäftsmodelle und Schlüsseltrends im Zuge von COVID-19 wider. Die befragten CEOs leiten Privatunternehmen und öffentliche Unternehmen, kleine Firmen und Unternehmen mit einem Umsatz von über 1 Mrd. USD und repräsentieren einen vielfältigen Querschnitt von Branchen, Ländern und Gebieten. Die TeilnehmerInnen kamen aus 67 Ländern/Gebieten, darunter: Westeuropa (42% der Befragten); Nordamerika (7%); Naher Osten (3%).



Aus den Bundesländern

1. Tirol entwickelt Frühwarnsystem mit Abwasserproben

Im Kampf gegen das Coronavirus entwickelt Tirol nun ein eigenes Corona-Frühwarnsystem. Mittels Abwasserproben aus Kläranlagen oder Kanälen soll die Viruslast in den einzelnen Regionen überwacht werden. Im September oder Oktober soll das Abwassermonitoring tirolweit etabliert werden. Bisher wurde das System unter anderem in Innsbruck mit guten Ergebnissen getestet.

Rund die Hälfte aller mit dem Coronavirus Infizierten - auch jene ohne Symptome - scheiden das Virus über den Stuhlgang aus, erklärte Herbert Oberacher vom Institut für Gerichtliche Medizin an der Medizinischen Universität Innsbruck am Montag bei einer Pressekonferenz im Landhaus. Ein permanentes Monitoring des Abwassers gibt also Auskunft darüber, ob das Virus in einer Region ausgeschieden wird, führte Cornelia Lass-Flörl, Direktorin des Instituts für Hygiene und Medizinische Mikrobiologie der Medizinischen Universität Innsbruck, weiter aus. Mit dem Abwasser-Frühwarnsystem soll ein Überblick über die Virusaktivität in den einzelnen Regionen bzw. Gemeinden gewonnen werden, es gehe aber nicht darum, einzelne Fälle zu entdecken, erklärte Lass-Flörl.

Mit diesem neuen Frühwarnsystem will man sich auf den Herbst bzw. Winter vorbereiten, sagte Landeshauptmann Günther Platter. Das Abwassermonitoring bringe außerdem einen Vorlauf von etwa fünf bis sieben Tagen, bis die ersten Fälle mittels der herkömmlichen PCR-Tests aufscheinen, so der Landeshauptmann. Trotzdem soll damit kein eigenes Ampel-System für Tirol entwickelt werden. Sollten in einer Region aber vermehrt Viren im Abwasser nachgewiesen werden, könnten die Behörden dort tätig werden.

43 Kläranlagen sollen im Vollausbau des Systems dann regelmäßig überwacht werden, erklärte Elmar Rizzoli vom Corona-Einsatzstab des Landes. Aber auch mobile Einheiten sollen am Kanalnetz einsetzbar sein. Sollte bei einer Kläranlage dann eine vermehrte Viruslast nachgewiesen werden, könne man das betroffene Gebiet über das Kanalnetz auch noch näher eingrenzen. "Und dann könnte man vielleicht über großangelegte Testungen die Coronafälle ausfindig machen", blickte Rizzoli in die Zukunft. Er betonte aber auch, dass es wie beim Ampelsystem des Bundes auch beim Tiroler Frühwarnsystem keine Automatismen geben wird. Man müsse immer im Einzelfall entscheiden, so Rizzoli. In Innsbruck überwache man das Abwasser bereits seit Mitte Mai, sagte Oberacher. Die Ergebnisse, die man daraus gewinnen konnte, stimmten sehr gut mit der Entwicklung der Fallzahlen überein. So konnte der leichte Anstieg an Coronafällen in der Landeshauptstadt vor wenigen Wochen bereits im Abwasser detektiert werden, berichtete der Gerichtsmediziner. Und auch derzeit würden die Untersuchungen aus dem Innsbrucker Abwasser sehr gut mit den derzeitigen sechs positiven Fällen in der Landeshauptstadt übereinstimmen. Mit den Abwasserproben könne man aus 10.000 bis 40.000 Personen einen Infizierten erkennen.

2. Feiern mit Auflagen

Viele Vereine, die im Sommer Feste organisieren, sind durch die Covid-19-Verordnungen verunsichert. Seit 1. Juli ist Feiern rechtlich möglich, aber unter zahlreichen Auflagen. Unter den Veranstaltern gibt es viele offene Fragen. Sicherheitsunternehmer Herbert Wagner erklärte im „Burgenland heute“-Interview die wichtigsten im Land Burgenland geltenden Regeln.

Mehr dazu: <https://burgenland.orf.at/stories/3061579/>



3. Steiermark zahlt 500 Euro-Prämie für Menschen im Corona-Einsatz

Die Steiermark stellt bis zu 10,5 Millionen Euro für Mitarbeiter aus Einrichtungen der Bereiche Soziales und Pflege als einmalige Prämie für den Einsatz in der Coronakrise parat. Die Prämie erhalten jene, die im persönlichen bzw. physischen Kontakt mit von ihnen betreuten Menschen standen und zusätzliche Belastungen und Gefahren bewältigten. KAGes-MitarbeiterInnen erhalten einen bzw. zwei Tage Urlaub.

Die volle Prämie in der Höhe von 500 Euro erhalten alle Vollzeitkräfte, die in der Zeit von 16. März bis 30. Juni 2020 im Einsatz waren. Teilzeitkräfte bekommen die Prämie aliquot und entsprechend ihres Beschäftigungsausmaßes, lautete der Beschluss der Landesregierung am Donnerstag.

Die Steiermärkische Krankenanstaltengesellschaft (KAGes) wiederum bedenkt ihre MitarbeiterInnen als Ausgleich für überdurchschnittliche physische und psychische Beanspruchung während der Coronavirus-Krise mit einem bzw. zwei Urlaubstagen als Dankeschön. Die zusätzlichen freien Tage können von den MitarbeiterInnen terminlich frei gewählt und im Jahr 2020 genutzt werden. Man habe sich, so die Vorstände, für zusätzliche Freizeit entschieden, weil "damit das Wertvollste zurückgegeben wird, nämlich Zeit für physische und psychische Erholung, Zeit mit der Familie." Die Kosten trägt die KAGes.



Maßnahmen und Problemlagen in den Städten und Gemeinden

1. OÖ Städte kritisieren Hilfspaket des Landes

50 Millionen Euro: So viel will das Land locker machen, um den Kommunen in der Corona-Krise unter die Arme zu greifen. Doch jetzt gibt es Widerstand gegen die Modalitäten dieser Hilfszahlungen. "Diese Mittel stellen lediglich einen geliehenen Vorgriff auf Gemeindegeld dar. Das bedeutet, dass die Gemeinden sich diese Förderung ohnehin wieder selber zahlen, aus einem Topf, für den die Statutarstädte überproportional Nettozahler sind", so die Bürgermeister von Linz und Steyr, Klaus Luger und Gerald Hackl. "Unter diesen Umständen ist die Ungleichbehandlung endgültig inakzeptabel. Außerdem fehlt es nach wie vor an einem Konzept, wie den Kommunen der massive Ausfall an Kommunalsteuer ersetzt wird, der lediglich die Gemeinden, nicht jedoch das Land trifft", ergänzt Andreas Rabl als Bürgermeister der Statutarstadt Wels.

Nicht nur, dass aus einem angekündigten Bonus ein zurückzuzahlender Vorschuss geworden sei: BewohnerInnen der Statutarstädte würden doppelt ungleich behandelt: Während ein/e BürgerIn der kleinsten Gemeinde, Rutzenham, dem Land "immerhin mehr als 40 Euro Sonderzuschuss wert ist", so Luger, darf ein Linzer oder eine Welserin nur mit weniger als 17 Euro zu Buche schlagen.

Durch Entfall von Einnahmen sind Bund, Land und Kommunen gleichsam betroffen, die Gemeinden leiden jedoch zudem am Rückgang bei der Kommunalsteuer. „Alleine in Wels werden wir aufgrund der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit mindestens fünf Millionen Euro verlieren“, so Rabl. „Zugleich sind wir in der sozialen Infrastruktur besonders gefordert, sollen den Verzicht auf Elternbeiträge in der Kinderbetreuung genauso schultern wie Förderungen für die lokale Wirtschaft und öffentliche Investitionen tätigen, um die Konjunktur anzukurbeln. Ohne mehr Unterstützung durch Land und Bund werden das viele Kommunen nicht schaffen“, so das Welser Stadtoberhaupt weiter.

Zudem müssten die gemeindeeigenen Kommunalsteuern, die zur Schaffung guter Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsstandort dienen, immer öfter für die Mitfinanzierung der Aufgaben von Bund und Land verwendet werden. "Das ist nicht fair. Deshalb fordern wir als Oberösterreichischer Städtebund ein Gesamtkonzept zur Bewältigung der Krise, bei dem der Entfall der Kommunalsteuer besonders berücksichtigt wird und einen neuen, gerechteren innerösterreichischen Finanzausgleich ab 2022“, so Rabl.

2. Villach führte Maskenpflicht in der Innenstadt ein

Die Stadt Villach hat auf die neuen Corona-Fälle, die mit einer Gartenparty in Zusammenhang gebracht werden, mit der Verhängung einer Maskenpflicht reagiert. Sie gilt ab sofort täglich von 21.00 bis 2.00 Uhr in der Innenstadt und wurde vorerst bis 16. August anberaumt. Die Maskenpflicht gilt auch auf dem Wochen- und dem Biobauernmarkt. Der Laurentiusmarkt am Montag wurde überhaupt abgesagt.

Mit derzeit acht Infizierten stehe Villach im Vergleich mit anderen Städten immer noch gut da, meinte Bürgermeister Günther Albel in einer Aussendung: "Aber dennoch kann die Tendenz der vergangenen Tage nicht bedenkenlos hingenommen werden." Nach einer privaten Gartenparty am vergangenen Freitag waren mehrere TeilnehmerInnen positiv auf das Coronavirus getestet worden. Darunter war auch ein Gastronom, der ein Lokal in Villach betreibt. Am gestrigen Freitag wurde bekannt, dass drei weitere Personen positiv getestet wurden, diese Infektionen wurden ebenfalls mit dieser Thematik in Verbindung gebracht.



Europa und International

1. Pandemie führt in England zu Entlassungen bei Eltern und Menschen mit Behinderung

Wie eine Umfrage unter mehr als 6.000 Erwachsenen zeigt, droht während der Corona-Pandemie Eltern, Pflegenden und Menschen mit Behinderung zweimal so häufig eine Entlassung wie Menschen, die nicht zu diesen Gruppen gehören. Der Bericht des Beratungsnetzwerks *Citizens' Advice* zeigt, dass zwei von fünf Personen mit Kinderbetreuungs- oder Pflegeaufgaben bereits entlassen wurden oder die Entlassung kurz bevorsteht. Dasselbe gilt für einen von vier Menschen mit Behinderung. Seit Februar hat sich die Nutzung des Beratungsangebots von *Citizens' Advice* um fast das Siebenfache erhöht. Haben im Februar noch 368 Beschäftigte wegen Problemen aufgrund einer Entlassung Rat gesucht, waren es im Juli schon 2.508 Personen. Die Beratungsteams glauben, dass das aber erst die Spitze des Eisbergs sei. Grundsätzlich sind alle Beschäftigten gesetzlich gegen Diskriminierung geschützt, aber derzeit gibt es keine Garantie, dass diese Gesetze auch eingehalten werden. Beim Arbeitsgericht gab es schon zu Anfang der Krise einen Rückstand von 400.000 Fällen. *Citizens' Advice* fordert daher von der britischen Regierung ein Kontrollgremium zu installieren, das die Rechte von Beschäftigten durchsetzt. Das Vorhaben ist eigentlich Teil des Regierungsprogramms von 2019. Ein Sprecher des britischen Wirtschaftsministeriums betont, dass Entlassungen aufgrund von Diskriminierung inakzeptabel seien und appelliert an Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber in dieser schweren Zeit keine Arbeitsplätze zu streichen.

Mehr dazu: <https://www.independent.co.uk/news/uk/home-news/parents-carers-disabled-redundancy-coronavirus-latest-a9655401.html>

2. Wasserversorgung in niedersächsischer Gemeinde zusammengebrochen

Aufgrund der anhaltenden Hitze und der Pandemie ist in der Gemeinde Lauenau der Wasserspeicher leer. Der Wasserverbrauch von privaten Haushalten sei drastisch gestiegen. Ein Grund dafür sei, dass viele Menschen, die normalerweise im Sommer verreisen, dieses Jahr zu Hause sind, erklärt Bürgermeister Georg Hudalla. Jetzt werden etwa am Feuerwehrhaus Behälter mit „Brauchwasser“ aufgestellt, die etwa für die Toilettenspülung verwendet werden können. Zudem verteilen die Löschfahrzeuge Wasser in die verschiedenen Ortsteile. Insgesamt werden die Bürgerinnen und Bürger aufgefordert, Wasser zu sparen.

Mehr dazu: <https://www.sueddeutsche.de/panorama/lauenau-wasser-feuerwehr-1.4993617>

3. Hitzewelle in Paris – Stadt reaktiviert System aus der Corona-Krise

Paris befindet sich in einer Hitzewelle und bis auf Weiteres ist kein Ende der Höchsttemperaturen in Sicht. Nun wird die dritte Stufe des städtischen „Hitzepfanes“ eingeleitet. Dabei arbeiten der Polizeipräsident, das regionale Gesundheitsbüro und die Bürgermeisterin von Paris, Anne Hidalgo, zusammen. Das System Reflex, ursprünglich eine Corona-Maßnahme, wird dazu reaktiviert. Ältere Pariserinnen und Pariser sowie Personen, die Teil einer Risikogruppe sind, können sich anmelden und ihre Telefonnummer registrieren lassen. Daraufhin werden sie in regelmäßigen Abständen telefonisch kontaktiert, und zu ihrem Gesundheitszustand befragt. Etwa 9.000 Personen sind bereits angemeldet. Als weitere Maßnahme der Stadt wurden, unter anderem, in den Bezirksrathäusern vollklimatisierte Säle eingerichtet, die älteren Personen einen Rückzugsort vor der Hitze bieten sollen. Wer sich bei Reflex anmeldet, bekommt zusätzlich bei Bedarf auch einen gratis Ventilator, 400 Stück wurden bereits vergeben. Seit Juli werden Wasserflaschen an Obdachlose verteilt, zusätzlich sollen jetzt noch neue Notunterkünfte geschaffen werden.

Mehr dazu: <https://www.leparisien.fr/paris-75/paris-le-niveau-3-du-plan-canicule-est-declenche-05-08-2020-8364075.php>



4. Neue Hygienevorschriften für Frankreichs Schulen

Einen Monat vor Schulbeginn wurde in Frankreich nun der neue Plan mit Corona-Schutzmaßnahmen vorgestellt. Um allen Kindern den Schulstart zu ermöglichen, werden die Regelungen gelockert, zum Beispiel bezüglich des Sicherheitsabstandes. Sollte es etwa in einem Klassenzimmer oder Turnsaal nicht möglich sein, Abstand zu halten, wäre das eben hinfällig. Kinder ab elf Jahren sind verpflichtet, sowohl draußen als auch innerhalb der Schule Masken zu tragen. Das Lehrpersonal an Grundschulen und weiterführenden Schulen muss einen Mund-Nasen-Schutz tragen, KindergartenpädagogInnen sind vom Tragen der Maske ausgenommen. Der Zugang zu Spielsachen, Bänken und Spielplätzen wird mit der Auflage gestattet, dass die Utensilien nur von einer einzelnen Klasse oder festgelegten Gruppe genutzt werden.

Mehr dazu: <https://www.lefigaro.fr/actualite-france/nouveau-protocole-sanitaire-a-l-ecole-sans-distanciation-physique-20200807>

5. Deutschland: Vertrauen in Gemeindeverwaltungen gestiegen

Der gefühlte Zusammenhalt in Deutschland ist laut einer Studie der Bertelsmann-Stiftung stabil - und hat sich während der Corona-Pandemie sogar verbessert. Auch das Vertrauen in die Gemeindeverwaltungen stieg spürbar an, von 37 Prozent im Februar auf 47 Prozent im Mai/Juni. Es gibt laut Studie aber Gruppen, die pessimistischer auf die Krise blicken und weniger gesellschaftlichen Zusammenhalt spüren: Ärmere und weniger gebildete Menschen, Alleinerziehende und Menschen mit Migrationshintergrund. Sie waren bereits vor der Coronakrise eingeschränkt, nun leiden sie noch mehr.

Mehr dazu: <https://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/corona-krise-deutschland-rueckt-laut-bertelsmann-studie-zusammen-a-96d4004e-d659-482a-a855-dd2893f6eff1>

